

Vorlage-Nr.: **3039-2009/DaDi** vom 18.08.2009

Aktenzeichen: 031-004

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP  
Walter Busch Hübenbecker  
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001            Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Keine Swap Geschäfte im Landkreis Da/Di - Antrag Die Linke/DKP**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Landkreis Darmstadt Dieburg beendet mit sofortiger Wirkung alle Swap Geschäfte. Die noch laufenden Swap Verträge werden schnellstmöglich gekündigt. Der Landkreis Darmstadt Dieburg stimmt den Befürchtungen des BdSt zu, dass Swap Verträge Geschäfte mit hohem Verlustrisiken seien. Das Balancieren an finanziellen Abgrund mit Öffentlichen Mitteln in der Absicht Gewinne zu machen wird gerade in Zeiten einer aktuellen Weltwirtschaftskrise abgelehnt. Der bestehende Portfoliobeirat im Landkreis Darmstadt Dieburg wird aufgelöst.

## **Begründung:**

Credit Default Swaps (CDS) sind Versicherungen gegen evtl. Zahlungsausfälle. Mit dem Abschluss eines CDS verpflichtet sich der Sicherungsgeber bei Eintritt eines bestimmten Ereignisses eine Ausgleichszahlung an den Sicherungsteilnehmer zu leisten – im Gegenzug erhält der Sicherungsnehmer eine Prämie. Die Möglichkeit hochriskante Kreditprodukte zu kaufen, ohne vordergründig ein Risiko tragen zu müssen, war z.B. verantwortlich für den Zusammenbruch der Lehmann Brothers Bank . Die Hochrisikogeschäfte Swap sind nicht ungefährlich – das Risiko wird an andere weiter verkauft .

Trotz der Überwachung im Landkreis durch einen Portfoliobeirat hat die aktuelle Finanzentwicklung gezeigt, dass solche Geschäfte dafür verantwortlich sind, dass gegenwärtig unvorstellbaren Summen vernichtet werden. Solche Geschäfte sind ursächlich auch dafür verantwortlich, dass mindestens 12 Mio.-realistisch aber 20 bis 25 Mio. € der Landkreis für 2010 weniger Steuereinnahmen hat. Dies ist auch ein Grund dafür, dass Kommunen im Landkreis sich mit Ausgabestopp, Haushaltssicherungen, Besetzungssperren gar Gebührenerhöhungen beschäftigen müssen. Das Geld, welches der Landkreis durch Erträge der Swapgeschäfte in die „linke Hosentasche“ einnimmt, legen Kreiskommunen und der Landkreis zukünftig durch Ausgaben bzw. – Mindersteuereinnahmen – bedingt auch durch weltweite Swap Geschäfte- in der rechten Hosentasche wieder drauf. Die Risikoeinschätzung von Swapgeschäften wird bekanntlich auch vom Bund der Steuerzahler als hochriskant eingeschätzt. Die Beschäftigten des Landkreises und der Kommunen zahlen die Risiken solcher Geschäfte aktuell mit Besetzungssperren ! Die Kommunen und der Landkreis durch weg brechende Steuereinnahmen. Die Bürger evtl. mit Gebührenerhöhungen. Dieser Risiken sind eindeutig zu hoch ! Mit der Aufgabe solcher riskanten Swapgeschäfte würde der Landkreis öffentlich sagen „Wir haben aus der Finanzkrise die richtigen Lehren gezogen. Wir sagen : So geht es nicht mehr weiter. Wir verzichten auf Erträge aus schwer durchschaubaren Swap Geschäfte.“

Wir bitten um Zustimmung unseres 82.ten Antrages, der bewusst populistisch – also volkstümlich und beliebt ist – der – nach unseren Umfragen die Meinung der Mehrheit der Kreisbürger abbildet und der äußerst wirklichkeitsnah formuliert wurde.